

## Klimaschutz sozialverträglich gestalten

Der Klimaschutz wird eine der wichtigsten Herausforderungen sein, der wir uns als Gesellschaft stellen müssen. Von der neuen Bundesregierung erwarten wir nicht nur Entschlossenheit zur Umsetzung, sondern auch ein mutiges und auf Zukunft gerichtetes Handeln. Eine sozialverträgliche Klimapolitik muss alle Menschen einbeziehen. Es wird nötig sein, den Klimaschutz nicht nur ökologisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich zu betrachten. Uns allen muss klar sein, dass es zu Veränderungen in unserem Lebensstil kommen wird. Von Beginn an müssen alle Bevölkerungsschichten kontinuierlich einbezogen werden um durch Transparenz die gesellschaftliche Akzeptanz der nötigen Maßnahmen zu erwirken.

Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Großprojekt und lässt sich nur umsetzen, wenn auch zukünftig die Versorgung der Bevölkerung mit Wärme, Strom und Mobilität sicher und bezahlbar ist. Einkommensschwache Haushalte dürfen nicht überproportional belastet werden!

Im letzten Jahr hat der Diözesanhauptausschuss gefordert, dass das Wirtschaftswachstum in der Nach-Corona-Zeit in eine nachhaltige Richtung gesteuert werden muss. Wir benötigen eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Mit dem Klimaschutzpaket hat die Bundesregierung im vergangenen September einen kleinen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht. Der damalige Beschluss reichte unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit nicht aus. Das Bundesverfassungsgericht hat Teile des Klimaschutzgesetzes von 2019 für verfassungswidrig erklärt. Nun hat der Bundestag einen schneller steigenden CO<sub>2</sub>-Preis beschlossen. Die Umsetzung dieses Beschlusses und weiterer notwendiger Maßnahmen um die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung, der EU und auch der UN zu erreichen, muss sozialpolitisch begleitet werden. Untere Einkommensschichten dürfen nicht zu Verlierer:innen der Klimawende werden.

Wir fordern einen konsequenten Klimaschutz, verbunden mit sozialpolitischen Maßnahmen:

- } Unsere Stromerzeugung muss schneller ohne fossile Energieträger auskommen. Wir benötigen den steuerlich geförderten Ausbau regenerativer Energien. Wir brauchen aber auch die zunehmende Verteuerung fossiler Energien, solange diese noch zur Stromproduktion genutzt werden. Der Preis muss eine Lenkungswirkung entfalten. Die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung dürfen aber nicht in die Staatskasse fließen, sondern müssen an die Bürger:innen zurückerstattet werden. Die Rückerstattung kann in Form einer Klimaprämie erfolgen, die pro Kopf und Jahr ausgezahlt wird und damit einkommensschwache Haushalte nicht überproportional belastet. Außerdem muss die Stromsteuer gesenkt werden. Die Akzeptanz gegenüber Anlagen regenerativer Energieerzeugung kann durch Partizipation der Bürger:innen an den Einnahmen erhöht werden.
- } Der Ausbau des ÖPNV und der Radwegenetze muss schneller erfolgen. Ihm muss Vorrang vor motorisiertem Individualverkehr eingeräumt werden. Hier gibt es sowohl in den Großstädten als auch im ländlichen Raum erheblichen Bedarf. Pendler:innen aus dem ländlichen Raum sind besonders zu unterstützen, damit sie nicht zu Verlierer:innen des Klimaschutzes werden.



- } Individualverkehr wird es weiterhin geben. Insbesondere die ländlichen Regionen müssen aufgrund der weiter steigenden Mobilitätsanforderungen besonders gefördert werden. Die Anschaffung von emissionsfreien Fortbewegungsmitteln muss weiter finanziell unterstützt werden. Die Produktion von Autos mit Verbrennungsmotor wird mittelfristig auf EU-Ebene verboten werden. Dies fördert Innovationen und die klimaneutrale Fortbewegung. Daneben sollten Sharing-Angebote – nicht nur in Ballungsräumen - entwickelt werden, welche die Vorteile der Individualität und Flexibilität mit den Klimaschutzziele vereinen.
- } In der Corona-Zeit hat sich gezeigt, dass durch Homeoffice bzw. mobiles Arbeiten die Verkehrsdichte abgenommen hat. Die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, dient dabei nicht nur einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern trägt auch zu weniger Straßenverkehr und damit zu weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Autos bei. Auch aus klimapolitischen Gründen sollte Homeoffice bzw. mobiles Arbeiten daher weiterhin ermöglicht werden.
- } Auch die Dämmung von Gebäuden und die Ausstattung dieser Gebäude mit verbesserten Effizienzstandards und regenerativen Energien lassen sich in der Breite nur mit Förderprogrammen durchsetzen.
- } Alle Haushalte können ihren Energieverbrauch senken. Gerade bei Haushalten mit niedrigem Einkommen machen sich Einsparungen sofort im Familienbudget bemerkbar. Notwendig sind Zuschüsse für erforderliche Neuanschaffungen.
- } Die Nutzung erneuerbarer Energien ist für alle Gebäude stärker voranzutreiben. Notwendig sind entsprechende Förderprogramme. Hier haben die öffentliche Hand, die Kirchen und auch das Kolpingwerk eine Vorbildfunktion einzunehmen. Auf den energetischen Zustand ihres Wohnraums haben viele Menschen wenig Einfluss, da sie zur Miete wohnen. Notwendig ist eine Veränderung des gesetzlichen Rahmens, um Mieter:innen einen größeren Einfluss auf die Art ihrer Strom- und Wärmeversorgung zu ermöglichen.
- } Eine stärkere Förderung des ökologischen Landbaus und eine Stärkung des Tierschutzes müssen auf die landwirtschaftlich-politische Agenda der Politik. Fleischlose und tierproduktlose Ernährung darf nicht zu überbewerteten Preisen angeboten werden. Außerdem sollten Informationskampagnen für eine fleischlose und tierproduktlose Ernährung auf den Weg gebracht werden.
- } Wirtschaftspolitische Entscheidungen, wie z.B. Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung sind zukünftig immer auf Nachhaltigkeit zu prüfen. Unternehmen sind verantwortlich für ihre Lieferketten. Das im Juni 2021 beschlossene Lieferkettengesetz hat dazu erste Anhaltspunkte gegeben. Auch Kolping unterstützt die "Initiative Lieferkettengesetz" und setzt sich damit für Umweltschutz und Menschenrechte ein. Das Kolpingwerk bewertet das beschlossene Lieferkettengesetz als Schritt in die richtige Richtung.

